

Vertrag¹

über den Transport von Restabfällen für den
Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Haßberge



Zwischen

dem
Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Haßberge
Am Herrenhof 1
97437 Haßfurt
– im Folgenden Auftraggeber [AG] genannt –

und

– im Folgenden Auftragnehmer [AN] genannt –

wird folgender Vertrag geschlossen:

¹ Dieser Vertragsentwurf wird nach dem Zuschlag im Vergabeverfahren zur Dokumentation von beiden Parteien unterzeichnet. Es wird darauf hingewiesen, dass das Auftragsverhältnis bereits mit der **Zuschlagserteilung** im Vergabeverfahren zu Stande kommt.

INHALT

BLOCK B - VERTRAG

§ 1	Vertragsgegenstand, Grundlagen	3
§ 2	Vertragslaufzeit	3
§ 3	Rahmenbedingungen	3
§ 4	Technisch-organisatorische Leistungsbeschreibung	4
§ 5	Pflichten des AN	8
§ 6	Rechte und Pflichten des AG	10
§ 7	Pflichtverletzungen des AN, Versicherung, Höhere Gewalt	11
§ 8	Entgelte	12
§ 9	Abrechnung	12
§ 10	Preisanpassung	13
§ 11	Vertragsänderungen, Rechtsnachfolge	14
§ 12	Sicherheit, Bürgschaft	15
§ 13	Vertragsstrafe	15
§ 14	Nachträgliche Unterbeauftragung	16
§ 15	Loyalitätsklausel	17
§ 16	Kündigung aus wichtigem Grund	17
§ 17	Kündigung wegen Rechtsverletzungen	18
§ 18	Salvatorische Klausel	18
§ 19	Schlussbestimmungen	18

ANLAGEN ZUM VERTRAG

Anlage 1:	Preisblatt
Anlage 2:	Bürgschaftsurkunde
Anlage 3:	Allgemeine Rahmenbedingungen zur Leistungserbringung
Anlage 4:	Benutzungsordnung für Fremdfirmen im Kreisabfallzentrum Wonfurt

Vertrag

§ 1 Vertragsgegenstand, Grundlagen

- (1) Der AG beauftragt den AN mit der vertragsgegenständlichen Leistung.
- (2) Die vollständigen, dem AN vorliegenden Vergabeunterlagen, sind Bestandteile dieses Vertrages.
- (3) Soweit dieser Vertrag keine entgegenstehenden Vereinbarungen beinhaltet, sind
 - das Angebot des AN vom _____² nebst Anlagen und
 - die übrigen Vergabeunterlagen nebst Anlagen ergänzend heranzuziehen.

In Zweifelsfällen ist für die Auslegung des Vertrages der in den gesamten Vergabeunterlagen zum Ausdruck gekommene Wille des AG ausschlaggebend. Als Widerspruch gilt nicht, wenn in den Vergabeunterlagen oder im Vertrag jeweils Nebenpflichten einer Vertragspartei begründet sind, die im jeweils anderen Dokument fehlen.

- (4) Sämtliche Leistungen müssen unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften und Regelungen erfolgen. Es wird besonders auf die Einhaltung der für den AN gültigen berufsgenossenschaftlichen Regelungen hingewiesen.
- (5) Weiter liegen dem Vertrag zu Grunde:
 - Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV –),
 - Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB),
 - die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen – Teil B –, Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B),in der jeweils zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Ausschreibung geltenden Fassung.
- (6) Bei etwaigen Widersprüchen vertraglicher Regelungen zu solchen der VOL/B gehen die Regelungen der VOL/B vor.
- (7) Anderslautende Geschäfts-, Liefer- oder Zahlungsbedingungen des AN werden nicht Bestandteil dieses Vertrages.

§ 2 Vertragslaufzeit

- (1) Der Vertrag beginnt am 01.01.2027 und hat eine Laufzeit von drei Jahren. Der AG kann durch einseitige schriftliche Erklärung gegenüber dem AN, die bis 3 Monate vor Vertragsende zugegangen sein muss, den Vertrag zweimalig um jeweils ein weiteres Jahr zu unveränderten Bedingungen verlängern (Verlängerungsoption). Die Beauftragung endet somit spätestens zum 31.12.2031.
- (2) Während der Vertragslaufzeit ist eine Kündigung ausgeschlossen, sofern dieser Vertrag nichts Gegenteiliges regelt.

§ 3 Rahmenbedingungen

- (1) Die ergänzenden Angaben zu Rahmenbedingungen der Leistungserbringung sind diesem Vertrag als Anlage beigefügt.

² Wird gemäß Angebot des AN ergänzt.

- (2) Die Mengenangaben in den Preisblättern basieren auf Prognosen. Darüber hinaus liegen dem AG keine Erkenntnisse vor, die - abgesehen von den typischerweise auftretenden Schwankungen - eine wesentliche Änderung in den Mengengerüsten erwarten lassen. Der AN hat darüber hinaus die Möglichkeit, sich anhand der Angaben in den Anlagen selbst ein Bild des zukünftigen Gesamtszenarios zu machen. Mögliche Abweichungen der tatsächlichen Gewichtsmengen oder sonstigen Leistungsannahmen zu den Mengenaufkommen der Vergangenheit oder den vom AN selbst zu Grunde gelegten eigenen Prognosen oder den in den Preisblättern angegebenen Mengengerüsten bzw. sonstigen Leistungsannahmen allein berechtigen keinen der Vertragspartner dazu, eine Anpassung der Vergütung zu verlangen. Keinesfalls berechtigen Mengenabweichungen gegenüber den Angaben in den Preisblättern in einem Korridor von +/- 20 % die Vertragspartner zu einem Entgeltanpassungsverlangen. Diese Mengenschwankungen hat der AN auf jeden Fall in seine Angebotspreise einzukalkulieren. § 2 Nr. 3 VOL/B bleibt unberührt. Mengenabweichungen außerhalb des Korridors von +/- 20 % begründen dann einen Anspruch des einen Vertragspartners gegen den jeweils anderen Vertragspartner auf eine Anpassung der Entgelte, wenn die Mengenveränderung nachweislich die Kostenstruktur des AN wesentlich beeinflusst. Die Führung des Nachweises obliegt derjenigen Vertragspartei, die eine Entgelthanpassung begehrt.
- (3) Sollten nach Abgabe des Angebotes des AN gesetzliche Vorschriften eingeführt, abgeschafft oder geändert werden, die die Leistungserbringung oder Teile der Leistungserbringung wesentlich beeinflussen, so hat jeder Vertragspartner Anspruch auf eine Anpassung der Entgelte ab dem Wirksamwerden einer der vorbezeichneten Maßnahmen. Der Umfang der Anpassung richtet sich danach, wie sich diese Maßnahme auf die Leistungen des AN nach diesem Vertrag auswirken. Ausgenommen hiervon sind Steuern von Einkommen und Ertrag, wie z. B. Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbebeertragssteuer, sowie zum Zeitpunkt der Angebotslegung erkennbare Kosten wie z. B. Mautgebühren für die Nutzung entsprechender Verkehrswege.

§ 4 Technisch-organisatorische Leistungsbeschreibung

(1) Begriffsdefinitionen

- (1.1) Die Fraktion **Restabfall** beinhaltet Abfälle aus privaten Haushalten sowie hausmüllähnliche Gewerbeabfälle von Gewerbebetrieben, die an die öffentliche Abfallentsorgung angeschlossen sind. Die Leistungen beziehen sich somit auf die Abfälle der Abfallschlüsselnummer 20 03 01 (Abfallbezeichnung: gemischte Siedlungsabfälle) gemäß der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfallverzeichnis-Verordnung - AVV) vom 10. Dez. 2001, BGBl. Teil I, S. 3379, zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 30. Juni 2020 (BGBl. I S. 1533) geändert.

Neben den Abfällen aus Privathaushalten und den hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen von Gewerbebetrieben, die an die öffentliche Abfallentsorgung angeschlossen sind, werden folgende Abfälle am GKS angeliefert:

- Gewerbemüll, der über
 - a) Umleer-Sammeltouren und
 - b) durch Direktanlieferungen im Kreisabfallzentrum angeliefert wird
 - gefährliche Abfälle im Sinne der AVV, die vertragsgemäß bei der thermischen Behandlungsanlage GKS Schweinfurt angeliefert werden können (z.B. Baustyropor, A IV-Holz)
- (1.2) Der **Transport** umfasst alle Leistungen, die ein entsprechendes Transportfahrzeug mit jeweils benötigter Besatzung ausführt, um die vertragsgegenständlichen Abfälle an der Übernahmestelle aufzunehmen und abzutransportieren. Eingeschlossen sind somit das Aufnehmen der

Abfälle sowie die Durchführung sämtlicher erforderlicher Transportvorgänge bis zu der vom AG vorgegebenen Entsorgungsanlage inkl. Verwiegung und Abladen dort.

(2) **Allgemeine Vorgaben zur Leistungserbringung**

Der AG beauftragt den AN mit folgenden Leistungen:

- Kontinuierliche Übernahme der vertragsgegenständlichen Abfallfraktion an der vom AG vorgegebenen Übernahmestelle (Umladestation),
- Durchführung sämtlicher erforderlicher Transportvorgänge bis zu der vom AG vorgegebenen Entsorgungsanlage.

(2.1) **Zeitliche Restriktionen und Vorgaben**

Der AN muss durch geeignete Maßnahmen sicherstellen, dass jederzeit ein ausreichender Materialabfluss, auch bei Mengenspitzen gewährleistet ist. Zu Mengenschwankungen kann es insbesondere deshalb kommen, weil die Abfalllieferungen von Dritten im Vorhinein nicht bekannt sind. Die Sicherstellung eines ausreichenden Materialabflusses ist für den AN eine Kardinalspflicht, weil nur dadurch die Einhaltung der Müllbunkerhöchstkapazitäten und die Anforderungen des Brandschutzes erreicht werden können.

Der AN erhält bei der Übernahme einen Ein- und Ausgangswiegeschein ausgehändigt.

(2.2) **Anforderungen an Fahrzeuge**

Der AN hat für die Leistungserbringung geeignete Fahrzeuge nach dem Stand der Technik einzusetzen, die allen arbeitsschutzrechtlichen, straßenverkehrsrechtlichen, versicherungsrechtlichen und sonstigen Vorschriften entsprechen, und die es ermöglichen, die vertragsgegenständlichen Leistungen vollumfänglich zu erbringen. Der AN trägt die volle Verantwortung für die ordnungsgemäße Durchführung der von ihm geforderten Leistungen.

Zur Abwicklung der Transporte sind vorrangig Walking-Floor-Fahrzeuge einzusetzen. Die eingesetzten Fahrzeuge sind oben mit wasserdichten Verschlüssen, Planen o.ä., zu versehen, und diese sind während der Laufzeit des Auftrages dauerhaft zu unterhalten.

Der AG fordert den Einsatz von umweltfreundlichen bzw. schadstoffarmen Fahrzeugen. Alle durch den AN zu Leistungsbeginn zur Leistungserbringung eingesetzten Fahrzeuge müssen daher mindestens die Anforderungen der Abgasnorm EURO 6 erfüllen. Des Weiteren wird dem AN für den Einsatz aller Fahrzeuge zur Erfüllung der Vorgaben gem. SaubFahrzeugBeschG Biodieselmotor HVO 100 vorgegeben. Sollten die Fahrzeuge zu Vertragsbeginn in Bezug auf die Vorgabe gem. SaubFahrzeugbeschG noch nicht einsatzbereit sein, kann die Nachrüstung bzw. der Einsatz an Fahrzeugen bis spätestens 31.03.2027 erfolgen.

(2.3) **Reklamationen**

Eine nicht rechtzeitige, nicht vollständige oder nicht ordnungsgemäße Erfüllung des ausreichenden Materialabflusses ermächtigt den AG unmittelbar

- a) einen Dritten mit der vertragsgegenständlichen Leistung zu Lasten und auf Kosten des AN zu beauftragen und
- b) sofern dies nicht möglich ist, eine Brandschutzwache einzurichten, welche bis zum Beginn des nächsten Arbeitstages andauert, zu veranlassen. Die Kosten hierfür hat der AN zu tragen.

Der ausreichende Materialabfluss gilt als nicht eingehalten, wenn der Müllbunker einen Füllstand von 1/2 überschreitet. Um dies zweifelsfrei feststellen zu können, wird hierzu eine entsprechende farbige Markierung angebracht.

Im Übrigen gilt:

Berechtigte Reklamationen muss der AN spätestens am auf den Eingangstag der Reklamationen beim AN folgenden nächsten Abholtag beheben. Die Erledigung der Reklamation ist dem AG unverzüglich schriftlich per Telefax oder E-Mail zu bestätigen.

Soweit der AN berechnigte Reklamationen nicht innerhalb des vorgesehenen Zeitraums beheben hat, kann der AG die vertragliche Verpflichtung oder Leistung auf Kosten des AN selbst erbringen oder durch einen Dritten erbringen lassen.

(2.4) Erreichbarkeit des AN

Der AN hat sicher zu stellen, dass er Montag bis Freitag von 7:30 Uhr bis 17:00 Uhr zu Zwecken der in Bezug auf die Vertragsausführung betreffenden Abstimmungen (Abrufe, Anfragen zur Reklamationsbearbeitung, Abstimmung der Abfuhr oder Anlieferung, etc.) für den AG als auch für den vom AG mit der Verwertung beauftragten Dritten telefonisch zum Ortstarif, per Telefax als auch per E-Mail erreichbar ist. Darüber hinaus hat der AN einen Anrufbeantworter zu schalten.

(2.5) Personal

Der AN hat für den Einsatzzweck qualifiziertes und entsprechend geschultes Personal einzusetzen. Mindestens ein Mitarbeiter des AN, der für die Leistungserbringung eingesetzt wird, muss die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen.

Der AN hat durch regelmäßige Kontrollen sicherzustellen, dass sein Personal die arbeitsschutz- und arbeitszeitrechtlichen, straßenverkehrsrechtlichen und sonstigen gesetzlichen Vorschriften einhält.

Der AN unterwirft sein zur Erfüllung dieses Vertrages eingesetztes Personal in fachlichen und sicherheitstechnischen Fragen auf dem Gelände des Kreisabfallzentrums Wonfurt der Weisungsbefugnis des Personals des AG, und auf dem Gelände der Anlieferstelle GKS Schweinfurt den Weisungen des dortigen Personals.

(2.6) Unterbrechungen

Unterbrechungen oder Verspätungen der geplanten Übernahme der vertragsgegenständlichen Fraktion sind dem AG unverzüglich bekannt zu geben. Sollte die Übernahme aus vom AN zu vertretenden Gründen vorübergehend eingeschränkt, unterbrochen oder verspätet sein, so ist diese von dem AN unverzüglich in vollem Umfang nachzuholen, sofern nicht zuvor die Regelungen des Abs. 2.3 Satz 1 eingreifen.

Abs. 2.3 bleibt daher unberührt.

(2.7) Fahrzeug- und Personaleinsatz

Der AN meldet dem AG alle zur Erfüllung des Auftrages eingesetzten Fahrzeuge mit Kfz-Kennzeichen, zulässigem Leergewicht, zulässigem Beladegewicht etc. und die Einstufung der Fahrzeuge nach der Lkw-Maut-Verordnung und Mauthöhen-Verordnung durch Übergabe einer Kopie des Fahrzeugscheines und sonstiger amtlicher Unterlagen vor Auftragsbeginn. Beim Einsatz von Ersatzfahrzeugen hat der AN diese Angaben vor Antritt der ersten Fahrt zu übergeben.

Das vom AN zur Erfüllung des Auftrages vorgesehene Personal ist dem AG ebenfalls zu melden.

Alle erforderlichen Arbeitskräfte, Fahrzeuge, Container und Betriebsstoffe sind vom AN zu stellen und zu unterhalten. Wartungs- und Reinigungsarbeiten sowie Reparaturarbeiten an den Transportfahrzeugen/Containern sind auf dem Gelände des Kreisabfallzentrums Wonfurt nur eingeschränkt und nur nach vorheriger Absprache mit der Betriebsleitung möglich. Die Lage-

nung von Ersatzteilen und Betriebsstoffen auf dem Gelände des Kreisabfallzentrums Wonfurt ist nicht möglich.

Das für den Transport erforderliche Personal kann die im Kreisabfallzentrum Wonfurt vorhandene Toilettenanlage mitbenutzen. Darüber hinaus stehen Sozialräume oder Aufenthaltsräume für das Personal des AN nicht zur Verfügung.

(3) Übernahme und Transport von Restabfall

(3.1) Übernahme von Restabfall

Der AN hat die vertragsgegenständliche Fraktion an der Übernahmestelle

Müllumladestation im Kreisabfallzentrum Wonfurt

An der Staatsstraße 2275 Hs. Nr. 1

97539 Wonfurt

zu übernehmen.

Bei der Übernahme der vertragsgegenständlichen Fraktion in der Müllumladestation im Kreisabfallzentrum Wonfurt stehen zwingend folgende Zeitfenster zur Verfügung:

Montag – Freitag: 08:00 – 12:00 Uhr und 12:45 – 15:45 Uhr

Eine Verladung außerhalb dieser Zeitfenster ist nur nach Absprache möglich. Grundsätzlich muss die erste arbeitstägliche Abfuhr der vertragsgegenständlichen Fraktion von der Übernahme- zur Übergabestelle im Zeitfenster 8.30 – 8.45 Uhr erfolgen. Eine Abweichung hiervon bedarf der vorherigen Abstimmung.

Der AN übernimmt dabei nach Vorgaben des Vertrages und unter Befolgung der Anweisungen des Betriebspersonals der Übernahmestelle und unter Beachtung der entsprechenden Unfallverhütungsvorschriften und aller sonstigen gesetzlichen Vorschriften die vertragsgegenständliche Fraktion.

Die Verladung der Abfälle an der Übernahmestelle in die Fahrzeuge des AN wird durch das vom AG mit der Umladung beauftragte Unternehmen durchgeführt und ist NICHT Gegenstand des hier ausgeschriebenen Leistungsumfanges. Das Ab- und Aufplanen sowie die Abfahrtskontrolle ist Leistung des AN. Nach Beladung des Fahrzeuges hat der AN den Bereich vor der Müllumladestation noch vor der Ausfahrt aus Sicherheitsgründen abzusperren. Hierzu ist ein vorhandenes, festverbautes Absperrband zu verwenden. Nach der Ausfahrt und dem Verlassen des Gefahrenbereichs ist die Absperrung wieder aufzuheben. Die Gewichtskontrolle (Überladungskontrolle) ist ebenfalls Aufgabe des AG.

Der AN muss durch eine entsprechende Logistik die Übernahme der vertragsgegenständlichen Fraktion während der vorgegebenen Zeitfenster sicherstellen, damit ein ausreichender Materialabfluss ohne Unterbrechung gewährleistet ist. In der Regel sind 3 bis 6 Abfahrten täglich durch den AN durchzuführen. Der AG übernimmt keine Gewähr für eine Mindestaufladung in Gewicht je Transporteinheit. Es wird eine Beladungsmenge von mindestens 19 Tonnen abgerechnet.

Bei der Beladung der Fahrzeug- bzw. Transportsysteme wird der AG bzw. der vom AG beauftragten Dritte sicherstellen, dass eine nach dem Stand der Technik optimierte volumen- bzw. gewichtsmäßige und im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zulässige Zuladung erreicht wird. Der AG bzw. ein vom AG beauftragter Dritter ist nicht verpflichtet, die Abfälle zu verdichten bzw. zu verpressen. Der AN ist verpflichtet, pro Abholvorgang ein Mindesttransportvolumen in Höhe von 90 m³ zur Verfügung zu stellen.

Bei der Übernahme werden durch den AG bzw. durch den AG beauftragten Dritten mittels Voll- und Leerverwiegung Wiegescheine erstellt, die die Abrechnungsgrundlage bilden und die dem AG zusammen mit der monatlichen Abrechnung vorzulegen sind.

An der Übernahmestelle ist während der Öffnungszeiten bzw. Abholzeiten mit einer durchschnittlichen Beladezeit von bis zu 45 Minuten pro Transportfahrzeug im Jahresdurchschnitt zu rechnen.

Mit Beladung der Fahrzeuge an der Übernahmestelle geht die Gefahr auf den AN über.

Ist die Leistungserbringung witterungsbedingt derart eingeschränkt, dass an einzelnen Tagen die Übernahmestelle nicht angefahren werden kann, ist der AN verpflichtet, die Leistung unmittelbar und unverzüglich, spätestens nach Wegfall des witterungsbedingten Hindernisses, nachzuholen.

Holt der AN Mengen trotz erfolgter Bereitstellungsmeldung durch den AG bzw. das vom AG mit der Umladung beauftragte Unternehmen nicht zu den dort genannten Terminen ab, ist er verpflichtet, die Abholung im nächsten Abholzeitfenster nachzuholen. Abs. 2.3 Satz 1 bleibt auch hier unberührt.

Der AG ist unverzüglich und fortlaufend über den Stand der Leistungserbringung und die eingeleiteten Maßnahmen zu informieren.

(3.2) Transport von Restabfall

Der AN hat die an der Übernahmestelle übernommenen vertragsgegenständlichen Abfälle zur Behandlungsanlage

der Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt GmbH -GKS-,
Hafenstraße 30,
97424 Schweinfurt

zu transportieren und dort zu entladen bzw. abzuladen.

Wartezeiten bei GKS gehen nicht zu Lasten des AG.

Eine Anlieferung kann in der Regel montags bis donnerstags in der Zeit von 07:00 Uhr bis 17:00 Uhr und freitags von 07:00 Uhr bis 15:00 Uhr erfolgen.

Die Entsorgungsanlage verfügt über eine Fahrzeugwaage, auf der sowohl die Eingangs- als auch die Ausgangsverwiegungen erfolgen. Der AN erhält die entsprechenden Wiegescheine ausgehändigt. Der AN wiegt an der Abladestelle innerhalb der vorgegebenen Öffnungszeiten auf der dortigen Wiegeeinrichtung ein, entlädt die vertragsgegenständliche Fraktion ordnungsgemäß nach Weisungen des AG bzw. des Betreibers, unter Beachtung der entsprechenden Unfallverhütungsvorschriften und wiegt jeweils wieder aus. An der Abladestelle ist während der Öffnungszeiten mit einer maximalen Wartezeit im Rahmen der Anlieferung bis zur Entladung der vertragsgegenständlichen Fraktion im Jahresdurchschnitt von 45 Minuten pro Fahrzeug zu rechnen.

Die Wiegebelege müssen vom Anlieferer und vom Annehmer (Betreiber Abladestelle) unterschrieben sein und werden zur Abrechnung dem AG vorgelegt. Die Verwendung von gespeicherten Leergewichten auf der Waage ist nicht zulässig. Die Wiegedaten sind zudem monatlich (als Excel-Datei) an den AG zu übersenden.

Der AG behält sich vor, beispielsweise bei Störungen in Müllheizkraftwerk Schweinfurt (z.B. bei Stillstand oder Revision), den Restmüll auch zu anderen thermischen Behandlungsanlagen umzuleiten. Der AN erhält hierfür eine Vergütung der Mehrkilometer zu dem im Preisblatt (Anlage 1) angegebenen Preis pro Mg und Kilometer. Die Anlieferzeiten sind durch den AN zu erfragen.

Der AG wird den Auftragnehmer von vorhersehbaren Ausfällen (Revisionsarbeiten und ähnlichem) frühestmöglich verständigen.

Zur Minimierung des Brandrisikos in der Müllumladestation im Kreisabfallzentrum Wonfurt ist der Inhalt des Müllbunkers in der Umladestation arbeitstäglich so weit wie möglich zu räumen. Hierzu hat der AN ein zweites Walking-Floor-Fahrzeug zur Verfügung zu stellen, welches vom Betriebspersonal der Umladestation zum täglichen Betriebsende vorgeladen, aus der Umladestation ein- sowie herausgefahren und vor der Umladestation zum Abtransport am nächsten Arbeitstag bereitgestellt wird. Das Ab- und Aufplanen dieses Fahrzeugs ist Aufgabe des AG.

Der AN stellt eine Betriebs- und Verfahrensanweisung für das Fahrzeug zur Verfügung. Er übernimmt die Fahrzeugeinweisung für die Mitarbeiter des AG, die ordnungsgemäß dokumentiert werden muss.

Die Bereitstellung für den Abtransport am nächsten Arbeitstag schließt das Aufbringen der Rollplane auf dem Auflieger mit ein.

Leere, teilbeladene und vollbeladene Transportfahrzeuge/Container dürfen nicht in der Umschlaghalle der Müllumladestation abgestellt werden. Teilbeladene und beladene Transportfahrzeuge/Container dürfen im Bedarfsfall und bei Störungen ausschließlich auf dem Gelände des Kreisabfallzentrum Wonfurts außerhalb der Müllumladestation abgestellt werden.

Bei der Leistungserbringung hat der AN die Benutzungsordnung für Fremdfirmen im Kreisabfallzentrum Wonfurt (Anlage 4) zu beachten. Das Verhalten innerhalb der Anlage GKS hat der AN bei den dortigen Verantwortlichen abzufragen.

§ 5 Pflichten des AN

- (1) Der AN verpflichtet sich, dem AG spätestens vier Wochen nach Erteilung des Zuschlags, es sei denn aus dem Gesetz ergibt sich ein früherer Zeitpunkt, eine Urkalkulation zu übergeben.

Die Urkalkulation muss den Anforderungen des deutschen Preisrechts entsprechen, insbesondere die VO PR 30/53 und die LSP (Leitsätze zur Ermittlung von Selbstkostenpreisen) ist zu berücksichtigen. Die Urkalkulation ist nach einzelnen Leistungsbestandteilen zu differenzieren.

- (2) Der AN verpflichtet sich, sämtliche notwendigen Maßnahmen durchzuführen, um die in diesem Vertrag beschriebenen Leistungspflichten zu erfüllen. Er hat zur Sicherstellung seiner Leistungserbringung die notwendigen technischen Voraussetzungen zu treffen, um eine den anerkannten Regeln der Technik entsprechende, insbesondere staubfreie, auslaufsichere, lärm- und geruchsreduzierte und umweltschonende Leistungserbringung zu gewährleisten. Er hat in eigener Verantwortung die zur Vertragserfüllung gegebenenfalls erforderlichen Spezialmaschinen anzuschaffen oder bereitzustellen.
- (3) Der AN ist verpflichtet, auf sämtliche Mängelanzeigen des AG, die den Abfallstrom oder eine gefährliche Brandlast betreffen, innerhalb von 4 Stunden zu reagieren. Sonst beträgt die Frist max. bis um 15.00 Uhr des Folgearbeitstages.
- (4) Der AN hat das für die Vertragserfüllung erforderliche Personal zu stellen und dieses in regelmäßigen Abständen bedarfsgerecht fachlich zu schulen.
- (5) Der AN verpflichtet sich, seinen Betrieb so einzurichten, dass er in der Lage ist, den sich gegebenenfalls verändernden betriebstechnischen Anforderungen und/oder Mengenaufkommen im Gebiet des AG zu jedem Zeitpunkt der Vertragserfüllung zu entsprechen.
- (6) Der AN ist für die Erfüllung der arbeitsrechtlichen, polizeilichen und berufsgenossenschaftlichen Verpflichtungen gegenüber seinem Personal allein verantwortlich. Er hat die Vorschriften

des Arbeitszeitgesetzes einzuhalten. Dem AN obliegt die Verkehrssicherungspflicht für alle im Zusammenhang mit der Leistungserbringung stehenden Tätigkeiten.

- (7) Der AN verpflichtet sich, dafür zu sorgen, dass seine Bediensteten sich im Dienst ordnungsgemäß verhalten und mit einer ordentlichen, witterungsgerechten und den berufsgenossenschaftlichen Vorschriften entsprechenden Arbeitskleidung ihren Dienst pflichtbewusst verrichten. Auf Ersuchen des AG soll der AN offenbar ungeeignetes Personal nicht mehr einsetzen.
- (8) Der AN ist verpflichtet, den von ihm für die Durchführung der Leistungen nach diesem Vertrag eingesetzten Arbeitnehmern mindestens die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen zu gewähren und insbesondere die Mindestlohnsätze zu zahlen, die durch Rechts- oder Verwaltungsvorschriften oder für allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge im Sinne des Arbeitnehmerentsendegesetzes festgelegt sind. Falls der AN Unterauftragnehmer einsetzt, hat er diese entsprechend zu verpflichten und die Einhaltung dieser Vorschriften zu überwachen. Der AN hat dem AG dies auf Anforderung durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.
- (9) Alle für den Betrieb gegebenenfalls erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen hat der AN, soweit sie nicht bereits vorliegen, unverzüglich zu beantragen, diese dem AG in Kopie vorzulegen und während der gesamten Vertragsdauer aufrecht zu erhalten. Erlischt eine dem AN erteilte öffentlich-rechtliche Genehmigung – gleich aus welchem Grunde – so hat der AN dies dem AG unverzüglich anzuzeigen. Die Verpflichtung zu einem genehmigungskonformen Betrieb bleibt unberührt.
- (10) Der AN verpflichtet sich, zwei deutschsprachige Personen (darunter der Betriebsleiter) zu benennen, die dem AG als ständige Ansprechpartner bei Mängeln oder Anfragen zur Verfügung stehen. Der AN hat dafür Sorge zu tragen, dass mindestens einer der beiden Ansprechpartner arbeitstäglich während der üblichen Geschäftszeiten erreichbar ist.
- (11) Die Einhaltung sämtlicher gesetzlicher Vorschriften schuldet der AN auch vertraglich gegenüber dem AG.
- (12) Der AN darf Daten, insbesondere personengebundene Daten, und Informationen, die er aufgrund dieses Vertrages erlangt, nicht an Dritte weitergeben. Er darf derartige Daten und Informationen nur zu der Erfüllung der ihm nach diesem Vertrag obliegenden Verpflichtungen nutzen und verwenden.
- (13) Holt der AN die bereitgestellten Mengen nicht gemäß der Bereitstellungsmeldung des AG ab, so ist der AG nach einer angemessenen Nachfristsetzung (4 Stunden, ansonsten bis max. 15:00 Uhr des Folgearbeitstages) berechtigt, einen Dritten mit der Abholung und Verwertung zu beauftragen. Für etwaige Mindereinnahmen bzw. Zusatzkosten des AG (z.B. aufgrund der Brandschutzwache) haftet der AN vollumfänglich.

§ 6 Rechte und Pflichten des AG

- (1) Der AG verpflichtet sich zur Zahlung der Entgelte gemäß § 8 unter Berücksichtigung der Regelungen in § 9.
- (2) Der AG unterrichtet den AN rechtzeitig, wenn dem AG Umstände bekannt werden, die für die Leistungserbringung von Bedeutung sein können.
- (3) Der AG ist berechtigt, im Einzelfall selbst oder durch seine Beauftragten, die dem AN übertragenen Leistungen zu überwachen und unaufschiebbar notwendige Anordnungen gegenüber dem AN und in Einzelfällen gegenüber dessen Bediensteten zu treffen. Werden Anordnungen mit fortdauernder Wirkung getroffen, so sind diese dem AN alsbald schriftlich mitzuteilen.
- (4) Soweit Bekanntmachungen aus diesem Vertrag an die Benutzer der öffentlichen Abfallentsorgung notwendig sind, erfolgen diese ausschließlich durch den AG.

- (5) Der AG stellt dem AN alle diejenigen bei ihm verfügbaren Informationen auf Anforderung zur Verfügung, die der AN für die ordnungsgemäße Erfüllung seiner Leistungspflichten benötigt.

§ 7 Pflichtverletzungen des AN, Versicherung, Höhere Gewalt, Haftung

- (1) Die Haftung für Pflichtverletzungen richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen und den Bestimmungen der VOL/B, sofern in diesem Vertrag keine anderen Regelungen getroffen werden.
- (2) Der AG haftet nicht für leicht fahrlässig oder fahrlässig verursachten Schäden an den Transportfahrzeugen des AN, die im Rahmen der Umladung entstehen. Für Schäden, die aus einer Überladung von Fahrzeugen resultieren, haftet der AG nur, wenn ihm oder seinen gesetzlichen Vertretern oder Erfüllungsgehilfen Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.
- (3) Der AN verpflichtet sich, zur Abdeckung der Haftungsrisiken eine entsprechende Haftpflichtversicherung abzuschließen. Die Deckungssummen je Schadensfall müssen mindestens betragen:
- für Personenschäden: EUR 3 Mio.,
 - für Sachschäden: EUR 1 Mio.
- (4) Der AN ist verpflichtet, dem AG das Bestehen der in Absatz 2 benannten Versicherung mit den vorgegebenen Deckungssummen vor Leistungsbeginn nachzuweisen. Der Fortbestand des Versicherungsschutzes ist dem AG jährlich auf dessen Verlangen hin nachzuweisen.
- (5) Der AG ist über Schäden, die im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages entstehen, unverzüglich in Kenntnis zu setzen.
- (6) Von Ansprüchen Dritter, die gegenüber dem AG wegen Schäden erhoben werden, die der AN bei der oder infolge der Leistungserbringung verursacht hat, hat der AN den AG auf erstes Anfordern hin freizustellen. Gleiches gilt für etwaige eigene Prozess- und/oder Rechtsanwaltskosten.
- (7) Ist der AN durch höhere Gewalt, insbesondere Krieg, kriegsähnliche Ereignisse, Epidemien, Pandemien, Seuchen, Quarantäneanordnungen oder Naturkatastrophen an der Erfüllung seiner Leistungsverpflichtungen gehindert, so ruhen bis zum Wegfall des ursächlichen Ereignisses die wechselseitigen Pflichten zur Vertragserfüllung. Der AN hat seine Verhinderung und den Verhinderungsgrund und deren Wegfall dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Streiks und Aussperrungen gelten nicht als Fälle höherer Gewalt. Ob die unterbliebenen Leistungen nach Wegfall der höheren Gewalt nachgeholt bzw. alternative Möglichkeiten erschlossen werden, entscheiden die Vertragspartner im gegenseitigen Einvernehmen. Sofern der AN die vom AG geschaffenen, alternativen Möglichkeiten zur Leistungserbringung nicht wahrnehmen kann, ist der AG berechtigt, die Leistungen ganz oder teilweise auf eigene Kosten auszuführen oder von Dritten ausführen zu lassen.
- (8) Ist die Leistungserbringung witterungsbedingt derart eingeschränkt, dass die Übernahmestelle nicht angefahren werden kann, ist der AN verpflichtet, die Leistung unmittelbar und unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb des nächsten Werktages nach Wegfall des witterungsbedingten Hindernisses, nachzuholen. Der AG ist unverzüglich und fortlaufend über den Stand der Leistungserbringung und die eingeleiteten Maßnahmen zu informieren.

Kommt der AN aus einem Grunde, den er zu vertreten hat, seinen Leistungspflichten ganz oder teilweise nicht nach, so kann der AG nach erfolglosem Ablauf einer von ihm schriftlich gesetzten Frist von zwei Werktagen die jeweilige Leistung in eigener Regie ausführen oder von Dritten ausführen lassen. Der AN haftet für die Kosten einer solchen Ersatzvornahme vollumfänglich. § 4 Abs. 2.3 Satz 1 bleibt auch hier unberührt.

§ 8 Entgelte

- (1) Für die Leistungen des AN zahlt der AG ein Entgelt. Die Entgelte bemessen sich nach dem bezuschlagten Angebot des AN. Die entsprechend ausgefüllten Preisblätter des AN aus seinem Angebot sind verbindlich und werden diesem Vertrag als Anlage 1 beigelegt.
- (2) Zu allen in den Preisblättern aufgeführten Netto-Entgelten ist ggf. die jeweils geltende Mehrwertsteuer zu addieren.
- (3) Der AN hat bei der Kalkulation seiner Entgelte alle relevanten Umstände zu berücksichtigen.
- (4) Die Einhaltung der Grundsätze zum tauschähnlichen Umsatz obliegt allein dem AN. Sofern also werthaltige Abfälle Gegenstand dieses Vertrages sind, hat der AN dafür Sorge zu tragen, dass die MwSt. korrekt ausgewiesen und abgeführt wird, auch wenn nur ein Gesamtpreis angeboten ist.
- (5) Die Preisvereinbarung dieses Vertrages unterliegt den Bestimmungen der jeweils geltenden Fassung der Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen und ggf. einer Preisprüfung. Die in diesem Vertrag vereinbarten Preise gelten als Marktpreise im Sinne der o.a. Verordnung, soweit nicht in dem Vertrag ausdrücklich ein anderer Preistyp angegeben ist.
- (6) Mit der Annahme des Auftrags ist der AN verpflichtet, der zuständigen Preisbehörde auf Verlangen nachzuweisen, dass es sich um einen Marktpreis handelt. Kann aufgrund der Preisprüfung ein Marktpreis nicht festgestellt werden, gilt der vereinbarte Preis als Selbstkostenpreis im Sinne der entsprechenden Preisverordnung. Der AN ist in diesem Fall verpflichtet, in Zusammenarbeit mit der Preisbehörde nach den Vorschriften der LSP-Leitsätze für die Preisermittlung aufgrund von Selbstkosten einen Selbstkostenfestpreis, Selbstkostenrichtpreis oder Selbstkostenerstattungspreis zu ermitteln und abzurechnen. Bei der Abrechnung zu Selbstkosten wird zur Abgeltung des kalkulatorischen Gewinns ein Satz für höchstens 5 v.H. der Netto-Selbstkosten als angemessen betrachtet. Eine Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals von 6,5 v.H. darf nicht überschritten werden.
- (7) Sofern sich die Preise aufgrund einer Prüfung nach der Verordnung PR- Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen als unzulässig erweisen, so gilt für die Vergütung jeweils der preisrechtlich zulässige Preis.

§ 9 Abrechnung

- (1) Die Entgelte für die Leistungen aus diesem Vertrag sind in ordnungsgemäßer und prüffähiger Form aufgrund des Umfangs der im Vormonat erbrachten Leistungen monatlich nachgängig in Rechnung zu stellen.
- (2) Bis zum 10. des jeweiligen Folgemonats hat der AN dem AG die Rechnung für die erbrachten Leistungen in ordnungsgemäßer und prüffähiger Form in einfacher Ausführung unter Beifügung der chronologisch durchnummerierten Leistungsnachweise (in einfacher Ausfertigung) zu übersenden.
- (3) Im Rahmen der monatlich nachgängigen Leistungsabrechnung hat der AN dem AG eine Aufstellung der jeweiligen Leistungen in dem Format einer mit dem AG vorab abgestimmten EXCEL- Tabelle mit einem Vorlauf von drei Tagen vor Absenden der Rechnung per E-Mail zu übermitteln.
- (4) Abrechnungsgrundlage sind die vom AG angewiesenen Abfahren an der Übernahmestelle.
- (5) Nach Eingang einer ordnungsgemäßen und prüffähigen Rechnung inkl. der geforderten Anlagen in einfacher Ausführung des AN beim AG ist die Zahlung bargeldlos innerhalb von 21 Tagen

auf das durch den AN zu benennende Konto eines im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Kreditinstitutes zu bewirken.

- (6) Als Tag der Zahlung gilt bei Überweisung von einem Konto der Tag der Hingabe oder Absendung des Überweisungsauftrages an das beauftragte Geldinstitut.
- (7) Der AN ist nicht berechtigt, seine Forderungen gegen den AG ohne dessen vorherige schriftliche Zustimmung abzutreten.

§ 10 Preisanpassung

- (1) Beide Parteien sind berechtigt, rückwirkend jeweils zum 1. Januar eines Jahres - erstmals zum 01.01.2028 – bei nachweisbar veränderten Kosten, die den Inhalt dieses Vertrages berühren, eine Anpassung der Entgelte zu fordern. Die Neufestsetzung der Entgelte erfolgt auf Grund einer prognostizierten Kostenstruktur, die

- Fixkosten zu 30%
- Lohn- und Lohnnebenkosten zu 30 %,
- Treibstoffkosten zu 20 % und
- Fahrzeugkosten zu 20 % berücksichtigt

gem. der nachfolgenden Formel:

Formel: $P = P_0 \times (0,30 \times L/L_0 + 0,20 \times D/D_0 + 0,20 \times F/F_0 + 0,30)$

Legende: P = Entgelt zum Anpassungszeitpunkt
(1. Januar des jeweiligen Jahres)

P_0 = Ursprüngliche Entgelthöhe (Angebotspreis aus der Ausschreibung [Preisblatt] und immer Basis für die Errechnung der Preisanpassung)

L = vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelter Index der tariflichen Stundenverdienste ohne Sonderzahlungen (Basis 2020=100), Code 62221-0001, WZ08-38-01 Recycling, Beseitigung von Umweltverschmutzungen, zum Januar des jeweiligen Jahres (Durchschnittswert des vergangenen Jahres)

L_0 = vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelter Index der tariflichen Stundenverdienste ohne Sonderzahlungen (Basis 2020=100), Code 62221-0001, WZ08-38-01 Recycling, Beseitigung von Umweltverschmutzungen, Durchschnittswert für das Jahr 2025

D = vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelter Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Basis 2021=100), Biodiesel und Biodieselmischungen, Code 61241-0003, GP19-205958000, zum Januar des jeweiligen Jahres (Durchschnittswert des vergangenen Jahres)

D_0 = vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelter Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Basis 2021=100), Biodiesel und Biodieselmischungen, Code 61241-0003, GP19-205958000, Durchschnittswert für das Jahr 2025

F = vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelter Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Basis 2021=100), Lkw mit Kolbenverbrennungsmotor mit Selbstzündung, Code 61241-0003, GP19-291041, zum Januar des jeweiligen Jahres (Durchschnittswert des vergangenen Jahres)

F₀ = vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelter Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Basis 2021=100), Lkw mit Kolbenverbrennungsmotor mit Selbstzündung, Code 61241-0003, GP19-291041, Durchschnittswert für das Jahr 2025

Anmerkung: Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gibt die durchschnittliche Entwicklung der Indizes in Bezug auf das Jahr (Durchschnittswert) im Januar des darauffolgenden Jahres bekannt. In Einzelfällen kann die Veröffentlichung auch im Februar oder März erfolgen.

- (2) Das Anpassungsverlangen nach Abs. 1 muss dem Vertragspartner spätestens drei Monate nach dem möglichen Änderungstermin schriftlich und unter Beifügung einer nachvollziehbaren Berechnung sowie der dazugehörigen Berechnungsgrundlage zugehen. Die Mitteilung muss enthalten, um welchen Prozentsatz das jeweilige Entgelt verändert werden soll. Bei einer nicht rechtzeitigen Anmeldung der Preisanpassung ist das Recht zur Preisanpassung für das jeweilige Vertragsjahr verwirkt.
- (3) Eine Anpassung kann nur verlangt werden, wenn sich auf der Grundlage der Berechnungsformel nach Abs. 1 eine Veränderung der Entgelte für die insgesamt zu erbringenden Leistungen gegenüber den zuletzt vereinbarten Entgelten von mehr als 3 % ergibt (Hinweis: Da Vergleichsgrundlage immer das zuletzt vereinbarte und geltende Entgelt ist, kann eine Preisanpassung immer dann verlangt werden, wenn gegenüber diesem Entgelt eine Veränderung von mehr als 3 % aufgetreten ist. Nicht notwendig ist also, dass gegenüber dem jeweiligen Vorjahr eine Veränderung von mehr als 3 % aufgetreten ist.).
- (4) Nach Umbasierung durch das Statistische Bundesamt ersetzen die neu berechneten Indizes auf der Grundlage der neuen Gewichtung die vorher auf der alten Basis ermittelten Preisindizes, die mit der Umbasierung ihre Gültigkeit verlieren.
- (5) Die Vertragspartner unterstellen, dass die Preisanpassungsformeln nach dem Preisklauselgesetz wirksam sind. Sollte sich diese Einschätzung als unrichtig erweisen, sind die Vertragspartner verpflichtet, die jeweils unwirksame Klausel durch eine zulässige Klausel zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Ziel der Vertragspartner möglichst nahekommt.

§ 11 Vertragsänderungen, Rechtsnachfolge

- (1) Der AN verpflichtet sich zur Fortführung des Vertrages auch dann, wenn die Entsorgungspflicht ganz oder teilweise auf eine andere juristische Person übergeht oder der AG einen Dritten, an dem der AG mehrheitlich beteiligt ist, mit der Durchführung seiner Entsorgungspflicht beauftragt. Der AN stimmt daher bereits jetzt unwiderruflich einer Vertragsfortführung unter unveränderten Vertragsbedingungen mit dem neuen Aufgabenträger zu. Insbesondere ist der AG berechtigt, den Vertrag auf seine 100%ige Tochter, die Abfallwirtschaftsgesellschaft des Landkreises Haßberge mbH (AWH GmbH) zu übertragen.
- (2) Bei Änderungen des Entsorgungssystems des AG, die die in diesem Vertrag aufgeführten Leistungen des AN verändern oder zum Wegfall von Leistungen führen, werden sich beide Vertragspartner um eine Vertragsanpassung bemühen, sofern dies vergaberechtlich zulässig ist. Gleiches gilt für Systemänderungen aufgrund oder infolge geänderter rechtlicher Bestimmungen. Auf die in diesen Fällen vom AG neu festzulegende Leistung wird der AN einen Preis unter weitest möglichem Rückgriff auf die beim AG hinterlegte Urkalkulation benennen. Sodann ist Einvernehmen über die neuen Entgelte zwischen den Vertragspartnern zu erzielen. Auf Verlan-

gen des AG muss der AN zusätzlich eine Preisbildungsübersicht in prüffähiger Form vorlegen. Kann vor Beginn der geänderten Leistung kein Einvernehmen über eine Entgeltanpassung erzielt werden, so hat der AG das Recht, die Durchführung der geänderten oder neuen Leistung im Rahmen der vergaberechtlich zulässigen Grenze festzulegen, soweit die Durchführung der geänderten oder neuen Leistung für den AN nicht unzumutbar ist. Auf § 19 Nr. 3 VOL/B wird hingewiesen.

- (3) Der AG ist in allen Fällen der Verhandlungen über eine Vertragsanpassung, insbesondere bei einem Verlangen auf eine Anpassung der Entgelte, berechtigt, im Beisein des AN Einblick in die Urkalkulation des AN zu nehmen.
- (4) Vor der Übertragung der Gesellschaft des Unternehmers auf einen Rechtsnachfolger, auch infolge von Umwandlungsvorgängen nach dem UmwG, ist die Zustimmung des AG einzuholen. Die Zustimmungspflicht gilt auch bei Veränderungen in der Gesellschafterstruktur des Unternehmers, die dem AG stets mitzuteilen ist. Der AG kann nur in begründeten Fällen seine Zustimmung verweigern.

§ 12 Sicherheit, Bürgschaft

- (1) Der AN hat eine Sicherheit für die ordnungsgemäße Vertragserfüllung einschließlich Abrechnung, Gewährleistung und Schadensersatz sowie Erstattung von Überzahlungen in Höhe von 5 % der jährlichen Nettoauftragssumme gem. den Wertungsmengengerüsten des Preisblattes zu leisten und über die Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten.
- (2) Die Sicherheit kann erbracht werden durch Übergabe der Bürgschaftserklärung eines in der Europäischen Union zugelassenen Kreditinstitutes gemäß dem diesen Vertrag beiliegenden Muster. Die Sicherheit ist spätestens vier Wochen nach Erteilung des Zuschlags im Vergabeverfahren zu leisten.
- (3) Die Sicherheit wird dem AN 3 Monate nach vollständiger Erfüllung der Leistungen aus diesem Vertrag zurückgegeben, sofern bis zu diesem Zeitpunkt alle Ansprüche des AG erfüllt sind.

§ 13 Vertragsstrafe

- (1) Für die vereinbarten Vertragsstrafen gelten die §§ 339 bis 345 BGB, sofern sich aus den nachfolgenden Regelungen keine Abweichungen ergeben. Die Vertragsstrafen haben den Zweck, die Erfüllung der Pflichten aus diesem Vertrag zu sichern. Die Vertragsstrafen sind nicht verwirkt, wenn der AN eine Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat; die Beweislast für das Nichtvertretenmüssen trägt der AN.
- (2) Erbringt der AN die ihm vertraglich obliegende Leistung ganz oder teilweise nicht, so ist der AG berechtigt, dem AN eine Vertragsstrafe in Rechnung zu stellen.
- (3) Insbesondere ist eine Vertragsstrafe in den nachfolgenden Fällen verwirkt:
 - (3.1) Werden Aufgaben ohne die erforderliche Zustimmung des AG auf Dritte übertragen, ist der AG berechtigt, für jede angefangene Woche der Leistungserfüllung durch Dritte eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 500,-- festzusetzen.
 - (3.2) Holt der AN Mengen trotz erfolgter Bereitstellungsmeldung durch den AG bzw. das vom AG mit der Umladung beauftragte Unternehmen nicht zu den dort genannten Terminen ab und unterbleibt auch eine Nachholung der Abholung innerhalb des nächsten Abholzeitfensters ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 350,-- EUR für jedes weitere Abholzeitfenster festzusetzen, in dem eine Nachholung der Abholung unterbleibt, bis der AN die Abholung nachholt oder der AG eine Ersatzvornahme tätigt. § 5 Abs. 12 bleibt unberührt.

- (3.3) Verletzt der AN seine Pflicht zur Dokumentation über die übernommenen Abfälle (siehe § 4 und § 9), ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 250,-- je Einzelfall festzusetzen.
- (3.4) Verletzt der AN seine Pflicht zur Absperrung seiner Ausfahrt, ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 100,-- je Einzelfall festzusetzen.
- (3.5) Beseitigt der AN etwaige bei der Leistungserbringung entstandene Verunreinigungen nicht unverzüglich, ist der AG berechtigt, in jedem Einzelfall eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 100,-- festzusetzen.
- (3.6) Bei nicht fristgerechter Übermittlung von Daten durch den AN, ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 200,-- pro Einzelfall festzusetzen.
- (3.7) Stellt sich im Fall einer zulässigen Öffnung der Urkalkulation heraus, dass diese nicht oder nicht ordnungsgemäß erstellt und fristgerecht in der dazu vorgesehenen Form vorgelegt wurde, ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 2,5 Prozent der Nettoauftragssumme p. a. festzusetzen, sofern wesentliche Mängel der Urkalkulation vorliegen, die die Verhandlungen über eine gegebenenfalls notwendige Preisanpassung zu erschweren geeignet sind.
- (3.8) Bei nicht fristgerechter Durchführung weiterer vertraglicher Leistungen ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von bis zu EUR 500,-- pro Werktag festzusetzen, falls der AN zuvor bereits vergeblich unter Fristsetzung zur Nachholung seiner Leistungspflichten aufgefordert wurde.
- (4) Die Vertragsstrafen gem. Abs. 3 dürfen pro Vertragsjahr einen Betrag von 5 % der gesamten Jahresvergütung nicht überschreiten. Die maßgebliche Jahresvergütung ermittelt sich aus der Addition der absoluten Entgeltbeträge.
- (5) Bei mehrfacher oder andauernder Vertragsverletzung ist § 16(1.2) anzuwenden.
- (6) Weitergehende Schadensersatzansprüche bleiben durch das Vertragsstrafeversprechen unberührt.
- (7) § 343 BGB wird abbedungen (Angemessenheitskontrolle).

§ 14 Nachträgliche Unterbeauftragung

- (1) Der AN hat die nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen grundsätzlich selbst zu erbringen. Die Weitergabe einzelner Leistungen an Unterauftragnehmer ist nur in den Fällen zulässig, in denen der Unterauftragnehmer seine Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit) vor Aufnahme des Tätigwerdens nachweist und bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG, es sei denn, der Unterauftragnehmer wurde bereits im Angebot des AN benannt. Für den Unterauftragnehmer gelten die gleichen Eignungsanforderungen wie für den Hauptauftragnehmer. Der AG wird seine Zustimmung nur aus wichtigem Grund verweigern. § 4 Nr. 4 VOL/B bleibt unberührt.
- (2) Die Zustimmung des AG zum Einsatz eines Unterauftragnehmers ist schriftlich zu beantragen. Dem AG sind zusammen mit der Beantragung entsprechende Unterlagen vorzulegen, damit er die Eignung des Unterauftragnehmers prüfen kann. Der AG wird der Beauftragung des Unterauftragnehmers erst zustimmen, wenn die entsprechenden Unterlagen vorgelegt und geprüft worden sind.
- (3) Der AN hat sicherzustellen, dass sein Unterauftragnehmer die ihm übertragenen Leistungen selbst erbringt. Eine noch weitergehende Unterbeauftragung ist unzulässig. Der AN haftet für die Erfüllung dieses Vertrages auch bei Beauftragung eines Unterauftragnehmers in vollem Umfang.

§ 15 Loyalitätsklausel

- (1) Bei Abschluss dieses Vertrags können nicht alle Möglichkeiten, die sich evtl. aus der künftigen Entwicklung, aus Änderungen von gesetzlichen Bestimmungen oder aus sonstigen für das Vertragsverhältnis wesentlichen Umständen ergeben, vorausgesehen und geregelt werden. Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass für ihre Zusammenarbeit die Grundsätze kaufmännischer Loyalität zu gelten haben. Sie sichern sich gegenseitig zu, die Vertragsvereinbarungen in diesem Sinne zu erfüllen und ggf. künftigen Änderungen der Verhältnisse unter Heranziehung der allgemeinen Grundsätze von Treu und Glauben Rechnung zu tragen.
- (2) Jeder Vertragspartner verpflichtet sich, die vom anderen Vertragspartner schriftlich oder mündlich erhaltenen vertraulichen Informationen und Kenntnisse wie eigene Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln und nur für Vertragszwecke zu benutzen.
- (3) Bei Beendigung dieses Vertrages – gleich aus welchem Grund – hat der AN alles Erforderliche und ihm Zumutbare zu tun, damit dem AG oder einem anderen Auftragnehmer die Übernahme der Leistungen in möglichst reibungsloser Form ermöglicht wird.

§ 16 Kündigung aus wichtigem Grund

- (1) Jede der Vertragsparteien hat das Recht, diesen Vertrag aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen. Ein wichtiger Grund ist insbesondere in folgenden Fällen gegeben:
 - (1.1) Bei Vorliegen höherer Gewalt, deren Entwicklung sich so gestaltet, dass nach billigem Ermessen weder dem einen noch dem anderen Teil die Aufrechterhaltung des Vertrages auf Dauer zugemutet werden kann;
 - (1.2) wenn durch ein schuldhaftes Verhalten des AN der Vertragszweck so gefährdet wird, dass dem AG die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses nicht mehr zugemutet werden kann;
 - (1.3) Bei Schließung der Müllumladestation auf dem Gelände des Kreisabfallzentrums Wonfurt oder des Müllheizkraftwerkes Schweinfurt durch gesetzliche, behördliche oder richterliche Entscheidung, ohne dass der Eintritt der Bestandskraft oder der Rechtskraft dieser Entscheidung abgewartet werden muss. Dadurch bedingter wirtschaftlicher Schaden für den AN wird vom AG auf Nachweis ausgeglichen.
 - (1.4) wenn der AN seine Verpflichtungen nachhaltig nicht erfüllt. Dies gilt insbesondere dann, wenn er nach mindestens zweimaliger Abmahnung seitens des AG nicht die notwendigen Maßnahmen trifft, damit die ordnungsgemäße Vertragserfüllung sichergestellt ist. Die Abmahnungen haben schriftlich zu erfolgen. Zwischen ihnen muss jeweils ein Zeitraum von mindestens einer Woche liegen;
 - (1.5) bei Zahlungsunfähigkeit des AN sowie bei Beantragung eines gerichtlichen Vergleichs- oder Insolvenzverfahrens über das Vermögen des AN;
 - (1.6) bei Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung nach den Zwangsvollstreckungsvorschriften der ZPO durch den AN;
 - (1.7) wenn durch gesetzliche Änderungen die in § 17 KrWG geregelten Überlassungspflichten ganz oder teilweise aufgehoben werden und der AG hierdurch einen nicht nur unerheblichen Rückgang von Anschlusspflichtigen und/oder Abfallmengen zu besorgen hat.
- (2) Die Kündigung hat durch Einschreibebrief zu erfolgen.
- (3) Die Kündigung nach Abs. (1.1) kann von beiden Vertragspartnern, nach Abs. (1.2) bis (1.7) nur vom AG vorgenommen werden.

§ 17 Kündigung wegen Rechtsverletzungen

- (1) Gewährt, verspricht oder bietet der AN Personen, die auf Seiten des AG mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, mit Rücksicht auf deren Zugehörigkeit zur Verwaltung oder dem Unternehmen des AG oder solchen Personen nahe stehenden Personen, Vorteile im Sinne der §§ 331 ff. Strafgesetzbuch (StGB) an, so ist der AG berechtigt, diesen Vertrag mit oder ohne Einhaltung von Fristen zu kündigen. Gleiches gilt für den Fall, dass er solchen Personen vor Zustandekommen dieses Vertrages derartige Vorteile angeboten, versprochen oder gewährt hat.
- (2) Der AG kann den Vertrag kündigen, wenn sich der AN nachweislich an wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinne des § 1 des Gesetzes über Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) beteiligt hat, insbesondere mit anderen Bietern oder potentiellen Bietern über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, die zu fordernden Preise, Bindungen sonstiger Entgelte, Gewinnaufschläge, Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile, Zahlungs-, Lieferungs- oder andere Bedingungen, soweit sie unmittelbar oder mittelbar den Preis beeinflussen, die Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen oder Gewinnbeteiligungen oder andere Angaben eine Verabredung getroffen oder eine Empfehlung ausgesprochen hat, es sei denn, dass diese kartellrechtlich zulässig sind.
- (3) Derartigen Handlungen des AN stehen Handlungen von Personen gleich, die auf Seiten des AN mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung dieses Vertrages befasst sind oder in dessen Auftrag handeln bzw. gehandelt haben.
- (4) Gibt der AN in seinem Angebot vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige Erklärungen ab, so berechtigt dies den AG zur Kündigung dieses Vertrages.
- (5) Übt der AG sein Kündigungsrecht gem. Abs. (1), (2) oder (4) aus, so richten sich die Rechtsfolgen nach §§ 8 Nr. 3 und 4 VOL/B.

§ 18 Salvatorische Klausel

- (1) Die Gültigkeit dieses Vertrages wird durch die etwaige Nichtigkeit oder Unwirksamkeit einzelner Vertragsbestimmungen nicht berührt. Gleiches gilt, wenn sich erst nachträglich die Nichtigkeit oder Unwirksamkeit einer Bestimmung ergibt.
- (2) Beide Vertragspartner verpflichten sich, nichtige oder unwirksame Vertragsbestimmungen durch solche zu ersetzen, die dem, mit diesem Vertrag angestrebten, Erfolg sachlich, technisch und wirtschaftlich am nächsten kommen.

§ 19 Schlussbestimmungen

- (1) Die im Inhaltsverzeichnis genannten Anlagen werden Vertragsbestandteil.
- (2) Dieser Vertrag wird zweifach ausgefertigt, wobei jeder Vertragspartner ein Original erhält.
- (3) Sofern in diesem Vertrag nicht ausdrücklich Abweichendes festgelegt ist, werden Mitteilungen, die nach dem Vertrag erforderlich sind, schriftlich übermittelt.
- (4) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages und Nebenabreden zu diesem Vertrag bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform; sie sind in einem beiderseits rechtsverbindlich unterzeichneten Dokument und fortlaufender Nummer der Vertragsergänzungen niederzulegen, von dem jeder Vertragspartner ein Exemplar erhält. Das Erfordernis der Schriftform kann nur durch eine schriftliche Vereinbarung der Vertragsparteien aufgehoben werden.

- (5) Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Werkvertrag.
- (6) Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Haßfurt.

Haßfurt, den ____ . ____ . ____

_____, den ____ . ____ . ____

Für den AG

[Name]

[Funktion]

Für den AN

[Name]

[Funktion]